

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 3 Mt. 75 Pfg. oder monatlich 1 Mt. 25 Pfg. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Postanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

**Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshöbel, Neuheide, Oberflüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterflüchengrün, Wüdensthal usw.**

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 25 Pfg., im Restanteil die Zeile 50 Pfg. Im einzelnen Teile die gewählte Zeile 60 Pfg. Ausnahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Verl.-Abt.: Amtsblat.

Druckverm. Schriftleiter, Binder und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 232.

Dienstag, den 7. Oktober

1919.

**Belieferung der Bezirkslebensmittelliste in der Woche vom 5. bis 12. Oktober:**  
 Marke H 1 für Kinder im 1.—4. Lebensjahre } 125 g Grieß, 125 g Zwieback und  
 (violetter und roter Druck): } 125 g Puddingpulver.  
 Marke H 1 (schwarzer Druck): 250 g Suppen,  
 Marke H 2 500 g Kartoffelwalgemehl,  
 Marke H 3 250 g Auslandsmarmelade,  
 Marke H 4 90 g Butter,  
 Marke H 6 125 g Quark, soweit vorhanden.

Verkaufshöchstpreise:	
Grieß	0,48 Mt. für 1 Pfd.,
Puddingpulver	2,50 " " 1 " "
Suppen	1,80 " " 1 " "
Auslandsmarmelade	2,75 " " 1 " "
Butter	7,65 " " 1 " "
Quark	1,70 " " 1 " "

Zwieback (Palstware) z. B. aufgedruckten Preise.

Außerdem werden auf **Einfuhrzusagekarte** für ausländische Nahrungsmittel Marke II 7 250 g amerikanische Bohnen zum Preise von 1,25 Mt. für 1 Pfund und auf **Einfuhrzusagekarte** für ausländisches Mehl Marke IV 13 auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung 150 g ausländisches Weizenmehl zum Preise von 84 Pfg. für 1 Pfund abgegeben werden.

Sollte infolge von **Transportwierigkeiten** in einzelnen Gemeinden die Abgabe der Lebensmittel nicht oder nicht in vollem Umlange möglich sein, so wird später ein Ausgleich erfolgen.

Schwarzenberg, den 6. Oktober 1919.

Der Bezirksverband

Der Arbeiterrat

der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Dr. Raesner.

Schied.

## Volkszählung.

Nach der Verordnung des Reichsministeriums vom 16. Juli 1919 findet am 8.

dieses Monats eine **Volkszählung** im Deutschen Reiche statt. Die Zählung soll die zur Zählungszeit innerhalb der Landesgrenzen ortsanwesenden sowie die von ihrem ständigen Wohnorte vorübergehend abwesenden Personen feststellen. Das Ergebnis der Erhebung wird den künftigen Maßnahmen der Ernährungswirtschaft zur Unterlage dienen. Auf sorgfältige und vollständige Ermittlungen ist deshalb der größte Wert zu legen.

Die Zähllisten werden bis 7. d. Mts. den Haushaltungsvorständen zugestellt und nach erfolgter Ausfüllung vom 8. d. Mts. an wieder eingesammelt werden.

Gleichzeitig findet mit der Volkszählung eine Aufnahme der außerhalb des Freistaates Sachsen geborenen, jedoch in diesem aufständlichen Personen statt. Zu diesem Zweck liegt den Haushaltungslisten ein Bordruck bei, in dem die außerhalb Sachsens geborenen Personen trotz ihrer Eintragung in die Haushaltungsliste noch **besonders** aufzuführen sind.

Eibenstock, den 3. Oktober 1919.

Der Stadtrat.

## Wildfleischverkauf

Dienstag, den 7. d. Mts., vormittag von 8—11 Uhr

bei Fleischmeister Reichenbach. Beliefert werden die Wildbretkarten Nr. 161 bis 263.

Eibenstock, den 6. Oktober 1919.

Der Stadtrat.

## Stangen-Versteigerung.

Im Anschluß an die

Montag, den 13. Oktober 1919

im **Gasthaus „Rudental“** in **Aue** stattfindende Holzversteigerung gelangen vom **Auerberger Forstrevier**

220 w. **Verbstangen**

8 cm stark, } in Abt. 43

820 „ **Reisstangen**

4 u. 7 „ „ }

mit zur Versteigerung.

**Forstrevierverwaltung Auerberg.**

**Forstrentamt Eibenstock.**

## Wird es besser?

An den Beginn der Arbeiten der deutschen Nationalversammlung im Berliner Reichstagsgebäude kräpfen sich eine Reihe von erfreulichen Mitteltönen, deren volle Verwirklichung wir gewiß von Herzen wünschen können. Vereinbarungen mit dem Auslande zur Hebung der deutschen Baluta sind im Abschluß begriffen, die Arbeitsfreudigkeit in Deutschland ist im Steigen begriffen, die Kohlenwierigkeiten sollen durch verstärkte Transporte gemildert werden. Zur Senkung des Preises des verbesserten Brotes ist ein Reichszusatz in Aussicht genommen und ein Gesetzentwurf zur Verbilligung des Fleischpreises durch Entziehung des größten Teils des Betrages für Veräußerungen von Viehhäuten wird vorbereitet. Daneben stehen freilich auch weniger erfreuliche Tatsachen. Die Unterbilanz bei der Eisenbahn beträgt bis zu 15 Millionen Mark für den Tag. Die Zuderversorgung bietet keine günstigen Aussichten, und an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft, wie sie viele Landwirte wünschen, ist vorerst nicht zu denken, da die Preisserfahrungen, die mit dem freien Handel in Getreide und im Hafer gemacht wurden, zu unerschütterlich sind. Auch die Streiktreiberei dauern bei uns noch fort. Um wieviel praktischer die Engländer darin denken, sehen wir bei dem dortigen Eisenbahnstreik. In wenigen Tagen ist eine vernünftige Einigung erzielt. Bei solchen Arbeiterschaften findet der Kommunismus keinen Boden. Und darin liegt jetzt die wahre Stärke Englands.

Zu allen diesen Projekten der Reichsregierung gehört eine Geschlossenheit und Energie, die bisher nicht immer zu finden war. Sie soll durch die Umbildung des Reichsministeriums, die jetzt gefordert ist, herbeigeführt werden. Das angestrebte Ergebnis kann aber nur dann erzielt werden, wenn verhindert wird, daß wir uns weiter im Kreise bewegen. Wenn wir die Balutasteigerung in erheblichem Umfange durchsetzen, so haben wir günstige Aussichten, Lebensmittel, Rohstoffe und fertige Fabrikate zu billigeren Preisen als bisher nach Deutschland hereinzubekommen. Diese billigeren Preise der Auslandsware müssen die Preise der Inlandsprodukte ermäßigen, wenn alles folgerichtig zugeht. Da stoßen wir aber auf die Frage des Abwärtens der Produktionskosten. Daß dieselbe schwer zu lösen sein wird, ist nicht von der Hand zu weisen, von allen Seiten wird es heißen, bei den hohen

neuen Steuern, die auch die Mieten so stark beeinflussen, können wir nicht billiger verkaufen oder arbeiten. Es ist also unbedingt erforderlich, wenn das Experiment mit der Baluta durchschlagenden Erfolg haben soll, die neuen Steuern so zu gestalten, daß sie nicht die Produktion, die Lebenshaltung, die Kaufkraft zu Tode drücken. Und das erreichen wir nur durch Verteilung der Lasten auf eine lange Reihe von Jahren. Dreißig Jahre werden nicht genügen, nehmen wir lieber fünfzig. Und dazu muß die Sparsamkeit im weitreichendsten Maße kommen. Sparsamkeit ist eine Tugend, von der man nicht zu reden braucht, die man aber um so mehr üben muß.

Mit der Erhaltung der Produktion, Lebenshaltung und Kaufkraft durch eine geordnete Finanzpolitik, unterstützt durch die Sparsamkeit, muß sich die Garantie der Arbeitsleistungen verbinden, wie sie § 163 der Reichsverfassung jedem Deutschen zur moralischen Pflicht macht. Wird nicht nach der Höhe der Bezahlung gearbeitet und der wilde Streik zu politischen Nachzwecken ausgeschaltet, so bleibt alles übrige Wollen nur Stückerl, Deutschland humpelt dann als hilflose Elendsgestalt auf Krüden weiter. Davon hängt also alles ab. Der Teufel der Baluta ist nicht die Wurzel des Übels, er ist nur eine Erscheinung, in der sich die innere deutsche Weltkrankheit darstellt. Wenn die Krankheit der inneren Unordnung und mangelnden Konsolidierung beseitigt ist, steigt die Baluta von selbst. Geschieht das nicht, so fällt auch die Baluta wieder zu Boden. Wm.

## Die deutsche Antwortnote an die Entente.

Am 4. Oktober wurde dem französischen General Rubant die deutsche Antwort auf die Baltikumnote der Entente übergeben. In der Note stellt die Regierung fest, daß sie dauernd auf das energischste bemüht ist, die Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen herauszuführen. Es werden dann alle zu diesem Zwecke getroffenen Maßnahmen aufgezählt.

Alle diese Maßnahmen sollten die deutsche Regierung auch in dem Urteil der alliierten und assoziierten Regierungen vor dem unberechtigten Vorwurf schützen, daß sie die Widersephlichkeit der deutschen Truppen als Vorwand benutze, um ihre Verpflichtung zur Räumung der ehemals russischen Gebiete unerfüllt zu lassen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben hinreichenden Einblick in die durch den Friedensvertrag bedingte Lage

Deutschlands, um zugeben zu müssen, daß der deutschen Regierung weitere militärische Zwangsmittel nicht zu Gebote stehen.

Was den Eintritt deutscher Truppen in russische Formationen betrifft, so steht die deutsche Regierung diesem Vorgang durchaus ablehnend gegenüber. Die deutsche Regierung hat den festen Willen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um einer Räumungspflicht nachzukommen. Sie muß auf das schärfste Verwahrung gegen die von neuem angebrochene **Blockade** einlegen; die Hungerblockade habe, abgesehen von ihren unmittelbaren barbarischen Wirkungen, indirekt die heutige Verheerung und Arbeitsunfähigkeit Deutschlands verursacht. Die deutsche Regierung erwartet zuversichtlich, daß die Entente ihren guten Willen anerkennt und nicht die keinesfalls mitschuldige Bevölkerung wegen des Scheiterns der Osttruppen leiten läßt. Zum Schluß ersucht die deutsche Regierung die verbündeten Regierungen, mit ihr in die Beratung der notwendigen Maßnahmen einzutreten. Zu diesem Zweck schlägt sie die schnelle Bildung einer aus deutschen und alliierten und assoziierten Vertretern gebildeten Kommission vor.

Reichswehrminister Roske hat an das Armeekorpskommando Nord, Kolberg, einen erneuten scharfen Befehl zur Zurückziehung des 6. Reservekorps hinter die deutsche Grenze erlassen. Allen Heeresangehörigen, die dem Abmarschbefehl nicht Folge leisten, sind keine Gehaltszahlungen mehr zu zahlen. Ein zweiter Befehl verbietet den Uebertritt in russische Dienste. Bereits Uebergetretene sind zur Rückkehr aufzufordern. Rückkehrende werden nicht bestraft. Nichtrückkehrende und neu Uebergetretene verlieren alle deutschen Ansprüche.

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Die Kabinettsbildung vollzogen. Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 53 der Verfassung den Abgeordneten Reichsminister a. D. Schiffer zum Reichsminister der Justiz, den Abgeordneten Oberbürgermeister Koch (Kassel) zum Reichsminister des Innern berufen und Minister Schiffer zugleich mit der Vertretung des Reichskanzlers betraut. Die Besetzung des neu zu bildenden Mini-